



Tagung «Familienergänzende Kinderbetreuung: Erfahrungen – Rahmenbedingungen - Weiterentwicklung» vom Donnerstag, 5. Juni 2014

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTION FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Es freut mich sehr, Sie in der Bundeshauptstadt begrüßen zu dürfen. Gerne präsentiere ich Ihnen auch die Überlegungen aus Sicht der Städteinitiative Soziales zum Thema **«Perspektiven – Auf dem Weg zu Tagesstrukturen. Herausforderungen und nächste Schritte.»**

Als Einstieg in mein Referat möchte ich einen kurzen Blick zurück in die Geschichte der familienexternen Betreuung werfen – dies am Beispiel der Stadt Bern. Der Nationalrat und Druckerei-Inhaber Karl Stämpfli soll im Berner Länggassquartier dereinst ein zweijähriges Kind schlafend in einem Strassengraben vorgefunden haben. Er und seine Frau Emma hatten schon wiederholt bemerkt, dass viele Kinder ganz sich selber überlassen waren, während die Eltern ihrer Arbeit nachgingen. Stämpflis wollten – ich zitiere - «solch unbewachten Kindern tagsüber einen Ersatz für ihr Heim schaffen».

Stämpflis gründeten einen Verein und sammelten Geld, um eine «Kinderbewahranstalt» zu eröffnen. 1880 wurde die Kita Länggasse gegründet: Anfangs wurden sechs Kinder von den vollständig weiss eingekleideten «Kinderwärterinnen» betreut.

Sie sehen, wir sind in der Stadt Bern schon lange auf dem Weg zu Tagesstrukturen für unsere Kinder. Die Angebote in der familienexternen Kinderbetreuung sind in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen. Mittlerweile verfügt die Länggasse, in welcher Stämpflis ihre Kinderbewahrungsanstalt gegründet hatten, über rund zwölf Kindertagesstätten. Und auch das Vokabular hat sich zum Glück geändert. Einiges ist aber gleich geblieben.

Es ist von hoher sozialpolitischer Wichtigkeit, dass Eltern arbeiten können und die Kinder während dieser Zeit gut betreut sind. Ohne Kinder gibt es keine Zukunft und ohne Städte als Wertschöpfungsmotoren funktioniert die Schweizer Wirtschaft nicht. Aus der Sicht der Städteinitiative Soziales sind umfassende Betreuungsangebote für Kinder im

städtischen Umfeld also eine absolute Notwendigkeit. Das ist heute auch mehrheitlich erkannt und wird kaum mehr bestritten.

Wo liegen nun die **Herausforderungen**? Es sind vor allem zwei Punkte: Das Bereitstellen von genügend qualitativ hochstehenden Betreuungsplätzen und deren Finanzierbarkeit.

- Der Mangel an Betreuungsplätzen führte dazu, dass neben den öffentlichen Kitas ein privater Markt entstand. Dieser dämpft zwar den Druck auf die öffentlichen Kitas, leistet aber weniger Beiträge an die Armutsbekämpfung und kann einkommensschwache Familien auch ausschliessen. Gerade dieser Punkt trifft Städte und grosse Agglomerationsgemeinden in erhöhtem Mass, da in den Städten und stadtnahen grossen Gemeinden viele sozial belastete Familien sowie überdurchschnittlich viele Ausländerinnen und Ausländer leben. Eine gute und frühzeitige familienexterne Kinderbetreuung bedeutet für Kinder dieser Bevölkerungsgruppe oft eine wichtige und entscheidende Integrationschance.
- Die beschränkte Platzzahl an Betreuungsangeboten zwingt zum Festlegen von Aufnahmeprioritäten. Es muss zwischen Armutsbekämpfung, Gleichstellung, Chancengleichheit, Bildungsaufgaben und Kinderschutz abgewogen werden. Das ist für eine Stadt keine leichte Aufgabe.
- Die Forderung nach Betreuungsgutscheinen wirft die Frage nach der Rollenteilung zwischen der öffentlichen Hand und privaten Akteuren auf. Im Vorschulbereich können mehrere Städte feststellen, dass sich ein differenzierter Markt mit qualitativ guten Angeboten gebildet hat. Dieser kann sowohl mit der Objektfinanzierung mittels Leistungsverträgen als auch mittels Subjektfinanzierung mit Betreuungsgutscheinen erreicht werden. Beide Systeme zeigen sich wandlungsfähig und kunden- und bedarfsorientiert.
- In diesem Zusammenhang stellt sich – wie ich im Abstract, das Sie in Ihrer Tagungsmappe finden – dargelegt habe, auch die Frage, wie es mit der Anstossfinanzierung des Bundes weitergehen und wer davon profitieren wird. Das heutige Modell sieht – insbesondere im Kanton Bern, wo die Kinderbetreuung wesentlich über den kantonalen Lastenausgleich finanziert wird - eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der Gelder vor. Diese an sich sinnvolle Lösung möchte ich dennoch kritisch hinterfragen. Dies aus drei Gründen. In den Ballungszentren sind die sozialen Probleme grösser, das heisst: Hier müssen Kinder besonders geschützt und unterstützt werden. In den grossen Wertschöpfungszentren, wie dies Städte darstellen, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch aus wirtschaftlicher Sicht zu fördern. Schliesslich ziehen Städ-

te nachweislich Eltern an, die partnerschaftliche Familienmodelle wünschen und daher auf Betreuungseinrichtungen angewiesen sind. Fazit: Es muss also auch in Zukunft Geld in die Zentren fließen.

Welches sind die **nächsten Schritte**?

Zu tun gibt es viel, gerade auch aus Sicht der Städte. Die Betreuungsangebote im Vorschul- und im Schulalter sind teilweise mangelhaft aufeinander abgestimmt. Hier sind übergreifende Konzepte nötig wie beispielsweise bei der Frage der bereits erwähnten Aufnahmeprioritäten bzw. Aufnahmegarantien (Stichwort: Rechtsanspruch). Im Weiteren bei den pädagogischen Konzepten, der Ferienbetreuung sowie bei der Finanzierungs- und Tarifgestaltung.

Ganz wichtig festzuhalten sind mir aber zwei Dinge: In der Schweiz kennen wir verschiedenste Modelle und Angebote der familienexternen Kinderbetreuung. Diese Angebote sind historisch gewachsen. Ich denke da an Horte mit Aufgabenhilfe, Kitas, Spielgruppen, Tagesschulen, Mittagstische, Tagesstätten für Schulkinder, Ferien- und Freizeitangebote usw. Da ist es als Eltern nicht immer einfach den Überblick zu behalten und das passende Angebot zu finden. Hier scheint es mir sehr wichtig, dass die verschiedenen Angebote gut vernetzt sind und sich nicht als Konkurrenz verstehen. Und: Aus sozial- und bildungspolitischer Sicht sind Ganztageschulen ein wichtiges Ziel. Dieses Modell, sozusagen ein «all-in-one-Modell», muss auf jeden Fall weiterentwickelt werden.

Und zum Schluss noch zwei Punkte, die mir am Herzen liegen: Eltern sollen frei wählen können, wie und wo sie ihr Kind betreuen lassen möchten. Und im Zentrum von allen politischen und wirtschaftlichen Überlegungen und allen Weichenstellungen muss auf jeden Fall und immer das Wohl des Kindes stehen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen weiterhin anregende Diskussionen.